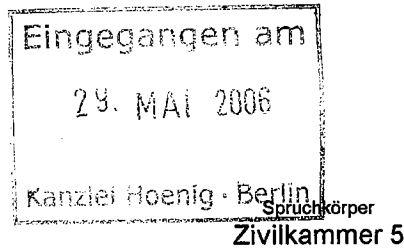


Vollstreckbare Ausfertigung

Landgericht Berlin

10589 Berlin, Tegeler Weg 17 - 21
Fernruf (Vermittlung): 90 188 - 0, Intern: (9188)
Apparatnummer: siehe ☎
Telefax: (030) 90 188 - 518
Postbank Berlin, Konto der Justizkasse Berlin
Kto-Nr.: 352-108 (BLZ 100 100 10)
Zusatz bei Verwendungszweck: LG 5 O 149/06



Geschäftszeichen
5 O 149/06

Fahrverbindung:
U-Bhf. Mierendorffplatz (U7), U-Bhf. Jungfernheide (U7)
S-Bhf. Jungfernheide (Ringbahn)
Bus 109, X9, X21, M21, M27, 126
(Diese Angaben sind unverbindlich)

☎ Datum
334 12.05.2006

Beschluss

In Sachen

Rechtsanwalt Carsten R. Hoenig,
Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin,

Antragsteller,

- Verfahrensbevollmächtigter:
Rechtsanwalt Carsten R. Hoenig,
Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin,-

g e g e n

1&1 Internet AG,
vertreten d.d. Vorstand Ralph Dommermuth,
Andreas Gaugner, Norbert Mauer, Achim Weiss und
Thomas Zimmer,
Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur,

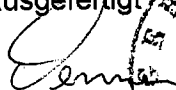
Antragsgegnerin,

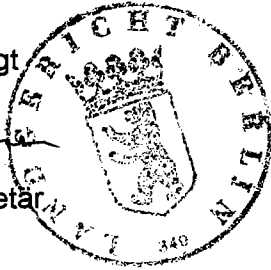
Nach dem Beschluss des Landgerichts Berlin vom 27.04.2006 werden die von der Antragsgegnerin an den Antragsteller zu erstattenden, in dem Antrag vom 03.05.2006 berechneten Kosten auf **459,40 EUR** — in Worten: vierhundertundneunundfünfzig 40/100 Euro — nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 04.05.2006 festgesetzt.

Der zu Grunde liegende Titel ist vollstreckbar.

Buder
Rechtspflegerin

Ausgefertigt



Tenner
Justizsekretär

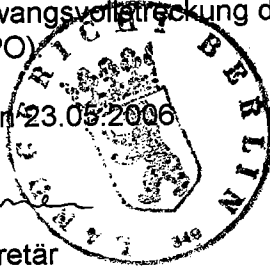


Vorstehende Ausfertigung wird dem Antragsteller zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt; eine Ausfertigung der Entscheidung ist der Antragsgegnerin am 17.05.2006 zugestellt worden.

Mit der Zwangsvollstreckung darf frühestens zwei Wochen nach der Zustellung begonnen werden (§ 798 ZPO)

Berlin, den 23.05.2006


Tenner
Justizsekretär



Aus diesem Beschluss kann ohne weiteres die Zwangsvollstreckung betrieben werden, wenn die festgesetzten Kosten nicht innerhalb zwei Wochen seit der Zustellung dieses Beschlusses an den Gläubiger bezahlt werden. Die Justizkasse und das Gericht sind zur Entgegennahme von Zahlungen nicht befugt. Wenn die Entscheidung, die dem Beschluss zugrunde liegt, nur gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar ist, so muss vor Beginn der Zwangsvollstreckung die Leistung der Sicherheit oder die Rechtskraft der Entscheidung nachgewiesen werden.